

FAQ des Webinars "Änderungen zum Jahreswechsel"

Existenzminimumgesetz

Frage zur Erhöhung des Grundfreibetrags: Wird also im Dezember die Erhöhung mit 2.160,00 Euro berücksichtigt und somit wird es im Januar wieder mehr Steuerabzug geben, da nur die Erhöhung von 180,00 Euro berücksichtigt wird?

Der Grundfreibetrag steigt für das Jahr 2024 von 11.604,00 Euro auf 11.784,00 Euro, das bedeutet es findet eine Erhöhung um 180,00 Euro statt, die mit der Abrechnung Dezember im Lohnsteuerverfahren berücksichtigt wird. Das Jahr 2025 wird mit einem Grundfreibetrag von 11.784,00 Euro beginnen (die weitere Anhebung des Grundfreibetrages für die Jahre 2025/2026 ist über das Steuerfortentwicklungsgesetz geplant, welches noch im Gesetzentwurf vorliegt), somit wird der Lohnsteuerabzug im Dezember geringer ausfallen als ab Januar 2025.

Grenzwerte 2025

Folie 24: Wie hoch darf die Schwankung denn sein? In einigen Monaten nur 100,00 Euro, in anderen deutlich über 538,00 Euro, wäre ok, wenn es unter dem Jahreswertgrenze von 6.456,00 Euro liegt?

Die Schwankungsbreite sollte immer noch im Verhältnis zur monatlichen Geringfügigkeitsgrenze bestehen. Folglich nicht einen Monat 700,00 Euro und dann ein Monat mit 200,00 Euro - eine Abweichung von 100,00 Euro kann sicherlich noch als angemessen gewertet werden.

Wenn trotz Schwankung die Geringfügigkeitsgrenze auf das Jahr gesehen nicht überschritten wird, bleibt es bei einer geringfügigen Beschäftigung. Hierbei bitte beachten, dass in diesen „Schwankungs-Fällen“ das unvorhersehbare Überschreiten ausgeschlossen ist.

Könnte ein geringfügig Beschäftigter schwankendes Entgelt (mit auch mal Überschreitung der 556,00 Euro) haben und auch 2x das doppelte wegen Unvorhersehbarkeit, wenn er ohne 2x das Doppelte nicht die Jahresgrenze überschreitet?

Ja, in diesen Fällen handelt es sich jedoch nicht um ein unvorhersehbares Überschreiten, da die Geringfügigkeitsgrenze aufs Jahr gesehen nicht überschritten wurde.

Folie 25: Wenn Werkstudenten ein schwankendes Entgelt haben, welches mal in den Midijob fällt, mal nicht, muss der Status dann jeden Monat neu betrachtet und geändert werden?

Entscheidend ist die Prognose zu Beginn der Beschäftigung bzw. am Jahresanfang; hierfür sind alle sozialversicherungspflichtigen Entgeltbestandteile, die mit einer hinreichenden Sicherheit gezahlt werden, zu berücksichtigen. Sollte dann das sozialversicherungspflichtige Entgelt im Durchschnitt 2.000,00 Euro nicht überschreiten, so handelt es sich um einen Midijob. Sollte dann das sozialversicherungspflichtige Entgelt höher ausfallen (als in der Prognose angenommen), ist eine neue Prognosebewertung vorzunehmen.

Übergangsbereich: Bleibt die Einordnung in den Übergangsbereich bestehen, wenn (ausnahmsweise, 1-2x im Jahr) das Gehalt in Höhe von einem Minijob gezahlt wird?

Ja, denn entscheidend ist die Prognose auf einen 12 Monatszeitraum mit allen sozialversicherungspflichtigen Entgeltbestandteilen, die mit hinreichender Sicherheit gezahlt werden (so auch Sonderzahlungen) und sollte das Ergebnis im Durchschnitt zwischen 538,01 Euro (2025: 556,01 Euro) und 2.000,00 Euro liegen, dann handelt es sich um einen Midi-Job.

Kann man bei der Prüfung, ob ein Midijob vorliegt, auf die Jahresbetrachtung gehen oder muss eine monatliche Bewertung erfolgen?

Es muss eine Prognose auf einen 12 Monatszeitraum (Zukunftsprognose) bei Beginn der Beschäftigung bzw. am Jahresanfang erfolgen.

Neues aus der Pflegeversicherung

Hinsichtlich des ZfA-Abrufs bei steuerberatenden Berufen: Muss jeder Mandant eine eigene Zugangsnummer beantragen oder wird über den Zugang des Steuerberaters abgerufen?

Es wird für jeden Mandanten eine ZfA Nummer benötigt; allerdings übernimmt dies im Regelfall der Systemanbieter.

Folie 33 ff: Bedeutet das, dass der Arbeitgeber bei Neueinstellung von Mitarbeitenden die Daten zu Elterneigenschaft bzw. Kindern nicht mehr vom Mitarbeitenden erheben muss? Können diese Fragen aus dem Personalstammblatt gestrichen werden?

Es handelt sich bei diesem Verfahren um eine Orientierungshilfe, nicht um ein abschließendes Verfahren, somit sind die Nachweise von den Arbeitnehmern ab 1. Juli 2025 entsprechend zu berücksichtigen; weiterhin gilt zu beachten, dass dieses Verfahren Stiefkinder, Pflegekinder und Kinder im Ausland nicht berücksichtigt; dies läuft über das „analoge“ Nachweisverfahren.

Berücksichtigung von Stiefkindern beim Kinderfreibetrag bei der Pflegeversicherung: Meines Wissens werden diese nicht berücksichtigt. Unter welchen Voraussetzungen nun doch? Müssen sie im Haushalt leben oder reicht es, wenn der Ehemann Kinder aus einer vorangegangenen Ehe hat?

Stiefeltern sind des Weiteren dann nicht vom Beitragszuschlag für Kinderlose ausgenommen, wenn das Kind vor Erreichen der für die Familienversicherung vorgesehenen Altersgrenzen nicht in den gemeinsamen Haushalt mit dem Mitglied aufgenommen worden ist, selbst wenn die Eheschließung oder Begründung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft mit dem Elternteil des Kindes zu einem Zeitpunkt erfolgt ist, in dem das Kind die vorgenannten Altersgrenzen noch nicht erreicht hat. In diesen Fällen können die Stiefkinder auch nicht beim Beitragszuschlag berücksichtigt werden. Sind die Stiefkinder dagegen vor Erreichen der vorgenannten Altersgrenzen in den gemeinsamen Haushalt mit dem Mitglied aufgenommen worden, führt die Beendigung des gemeinsamen Haushalts nicht zum Wegfall der Stiefelterneigenschaft.

Nachweise bei Stiefeltern

Als Nachweise bei Stiefeltern (Eltern im Sinne des § 56 Absatz 3 Nummer 2 SGB I und § 55 Absatz 4 Nummer 2 SGB XI) kommen wahlweise in Betracht:

- Heiratsurkunde oder Nachweis über die Eintragung einer Lebenspartnerschaft und eine Meldebescheinigung des Einwohnermeldeamtes oder einer anderen für Personenstandsangelegenheiten zuständigen Behörde oder Dienststelle, dass das Kind als wohnhaft im Haushalt des Stiefvaters oder der Stiefmutter gemeldet ist oder war (vgl. Haushaltsbescheinigung oder Familienstandsbescheinigung für die Gewährung von Kindergeld - Vordrucke der BA zur Erklärung über die Haushaltszugehörigkeit von Kindern und für Arbeitnehmer, deren Kinder im Inland wohnen)
- Feststellungsbescheid des Rentenversicherungsträgers, in dem Kindererziehungs- und Kinderberücksichtigungszeiten ausgewiesen sind
- Meldung des Rentenversicherungsträgers im KVdR-Meldeverfahren, aus der Kindererziehungsleistungen hervorgehen
- Einkommensteuerbescheid (Berücksichtigung eines oder eines halben Kinderfreibetrages)
- Abruf der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale aus der ELStAM-Datenbank (Eintrag eines oder eines halben Kinderfreibetrages)
- Bescheinigung des Finanzamtes für den Lohnsteuerabzug in Ausnahmefällen (Eintrag eines oder eines halben Kinderfreibetrages)

Sofern das Kind zum Zeitpunkt der Eheschließung oder Begründung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft mit dem Elternteil des Kindes bereits das 18. Lebensjahr vollendet hat, ist ein weiterer Nachweis darüber zu verlangen, dass das Kind die Altersgrenzen-Voraussetzungen, die in § 25 Absatz 2 SGB XI verlangt werden, erfüllt hat (z. B. durch eine Bescheinigung über die Schul- oder Berufsausbildung). Für Kinder, die zum Zeitpunkt der Eheschließung oder Begründung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft das 23. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, genügt als Nachweis eine Erklärung des Kindes über die Nichtausübung einer Erwerbstätigkeit.

Gilt es als ausreichend erfragt, wenn auf jeder zweiten Abrechnung immer wieder ein Hinweis vermerkt ist? Also textlich auf der Abrechnung steht "Ab Juli 2023 kann die Anzahl und das Alter Ihrer Kinder Ihren Anteil am Pflegeversicherungsbeitrag senken. Wenn Sie Kinder haben, die das 25. Lebensjahr noch NICHT vollendet haben, informieren Sie Ihren Arbeitgeber bitte umgehend über die exakten Geburtsdaten."?

Ja.

Folie 36. Wenn der Mitarbeiter uns mehr Kinder angegeben hat als er tatsächlich hat, darf ich nicht korrigieren, richtig?

Korrekt.

Folie 36: Wie ist das mit verstorbenen Kindern?

Zu den Eltern im Sinne der Regelungen zu den Beitragsabschlägen zählen – wie auch bei der Ausnahme vom Beitragszuschlag für Kinderlose – neben den leiblichen Eltern und den Adoptiveltern auch Stiefeltern und Pflegeeltern. Berücksichtigungsfähig sind deren Kinder, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, bis zum Ablauf des Monats, in dem das jeweilige Kind das 25. Lebensjahr vollendet hat oder vollendet hätte. Als berücksichtigungsfähig gelten auch Kinder, die vor Vollendung des 25. Lebensjahres verstorben sind.

Thema Pflegeversicherung: Also wenn der Arbeitgeber seine Pflicht zur Information der Kinderzahl getan hat, muss ich rückwirkend bis 1. Juli 2024 eine Rückrechnung ohne Zinsen durchführen und nicht ab dem Zeitpunkt, wo doch erst bekannt wird, dass Kinder existieren.

Korrekt, sofern sich eine Veränderung zugunsten des Arbeitnehmenden ergibt.

Pflegeversicherung: Abschläge müssen ab 1. Juli 2023 rückwirkend korrigiert werden? Unser Abrechnungsprogramm kann nur ins Vorjahr korrigieren. Also in 2025 kann ab 1. Januar 2024 korrigiert werden. Wir haben unsere Mitarbeiter abgefragt und von einigen keine Rückmeldung bekommen, das heißt hier müssen wir manuell für 2023 rangehen, obwohl der Mitarbeiter "Schuld" ist?

Leider ja.

Neuerungen bei der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung**Gilt die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung für privat Versicherte?**

Nein.

Wertguthaben**Ich habe eine Mitarbeiterin mit einem Wertguthaben von 2.000 Stunden. Ist die Auszahlung beitragspflichtig?**

Ob es sich um ein Wertguthaben nach § 7b SGB IV handelt ist im Einzelfall zu prüfen. Ein Wertguthaben ist in Geld und nicht in Stunden zu führen (es sei denn es handelt sich um eine rechtliche Grundlage vor Januar 2009).

Die Tatsache, dass ein Guthaben von 2.000 Stunden besteht, bedeutet nicht automatisch, dass es sich um ein Wertguthaben handelt, entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Länge der Freistellung: Sollte diese mehr als drei Monate umfassen, dann handelt es sich um ein Wertguthaben, da ein einzig in Stunden aufgebautes Guthaben nach § 7 Absatz 1a SGB IV eine maximale Freistellung von drei Monaten umfasst, die sozialversicherungsrechtlich abgesichert ist.

Arbeitszeitguthaben aus den letzten fünf Jahre sollen ausbezahlt werden. Wie muss die Zuordnung auf welche Beitragsjahre erfolgen oder kann es vereinfacht dem Vorjahr zugeordnet werden?

Wenn es sich tatsächlich um ein Wertguthaben nach § 7b SGB IV handelt, dann hätten von Beginn der Wertguthabenbildung an SV-Lüfte gebildet werden müssen und auf dieser Grundlage muss eine Störfallabrechnung erfolgen (vgl. GKV-RS vom 31. März 2009).

Beschäftigung von Rentnern**Folie 50: Hat der Arbeitnehmer im Fall von Nummer eins die Wahl, den normalen Beitragssatz in der Krankenversicherung zu zahlen, damit er Anspruch auf Krankengeld hat?**

Nein, dies ist nicht möglich.

Wenn ein Rentner auf die Rentenversicherungsfreiheit verzichtet, muss er doch dies vorher bei der Deutschen Rentenversicherung beantragen, oder? Und erst dann den Arbeitgeber informieren...

Nein, es ist vereinfacht über den Arbeitgeber möglich. Der Arbeitgeber kann den Verzicht auf die Rentenversicherungsfreiheit abfragen und diese Entscheidung als Entgeltunterlage nach § 8 Absatz 2 Nummer 19 Beitragsverfahrensverordnung abspeichern.

Beschäftigung von Rentnern: Haben freiwillig versicherte Rentner mit Schlüssel 9121 nach sechs Wochen Lohnfortzahlung Anspruch auf Krankengeld?

Nein nicht in Verbindung mit einer Altersvollrente.

Folie 50: Diese Schlüsselungen gelten ab Antragstellung oder ab Bewilligung der Rente? - Wir hatten mehrere Fälle, bei denen die Regelaltersgrenze erreicht war, aber der Rentenantrag noch gar nicht gestellt wurde.

Mit Rentenbezug.

Welcher Beitragsschlüssel gilt bei Arbeitnehmern mit Rentenbezug als Teilrente?

Vor der Regelaltersgrenze 1111 (PGR 101) ab Regealtersgrenze 1101 (PGR 101).

Folie 51: Wenn der Rentner nicht auf die Rentenversicherungsfreiheit verzichtet, wirkt sich der Arbeitgeberanteil in der Rentenversicherung auf seine schon gezahlte Rente aus? Oder nur in dem Fall, wenn der Arbeitnehmer verzichtet, dass dann sowohl Arbeitnehmer- als sich auch Arbeitgeberanteile bei der Rente auswirken?

Grundsätzlich nur, wenn der Arbeitnehmer auf die Rentenversicherungsfreiheit verzichtet.

Wie sind beschäftigte Rentner zu melden, wenn das Entgelt nächstes Jahr (auf Grund der Erhöhung des Mindestlohns) innerhalb der Minijobgrenze z.B. 540,00 Euro liegt?

Vor der Regealtersgrenze 6100 mit Möglichkeit des Verzichts auf Rentenversicherungspflicht – ab Regelaltersgrenze 6500 mit Möglichkeit des Verzichts auf Rentenversicherungsfreiheit.

Zeitpunkt der pauschalen Versteuerung**Pauschale Versteuerung: Muss die pauschale Lohnsteuer auf den Entgeltnachweis ausgewiesen werden?**

Ja, vgl. § 1 Absatz 2 Nummer 2d Entgeltbescheinigungsverordnung.

Anmerkung zu Folie 56: Meine Lohnbuchhalterin wies mich darauf hin, dass die Betriebsveranstaltung im Monat des stattfindenden Events abgerechnet werden muss. Notfalls muss geschätzt werden. Nun sagen Sie, dass es doch bis zum 28. Februar des Folgejahr abgerechnet werden darf. Wie es bisher ja immer war. Sie meinte, das wäre ganz neu und sie hat es mir erst vor ein paar Tagen mitgeteilt.

- Pauschal versteuerte Bezüge sind nur dann dem Arbeitsentgelt nicht zuzurechnen, soweit diese vom Arbeitgeber mit der Entgeltabrechnung für den jeweiligen Abrechnungszeitraum pauschal versteuert werden.
- Der jeweilige Abrechnungszeitraum ist grundsätzlich der Monat, in dem Beschäftigte den geldwerten Vorteil erlangen.
- Eine Beitragspflicht kann nur dann rückwirkend entfallen, wenn ein Abrechnungsfehler des Arbeitgebers vorliegt, weil die steuerrechtliche Beurteilung unzutreffend war.
- Derartige Berichtigungen müssen bis zur Ausstellung der Lohnsteuerbescheinigung (spätestens Ende Februar des Folgejahres) erfolgen.